

Initiativantrag

- 1
2 **Antragsnummer: 1**
3
4 **Antragssteller/-in: Gerd Lütjens**
5
6 **Titel: No2Percent**
7
8 **Antrag:**
9 Der DGB Hamburg schließt sich der Initiative des DGB Köln an und fordert alle Bundestagskandidat/innen
10 auf:
11
12 Erklären Sie ihre Ablehnung einer 2% Verpflichtung für den Verteidigungshaushalt im Koalitionsvertrag der
13 nächsten Bundesregierung. Setzen Sie sich für eine stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten
14 ein!
15 Der DGB Hamburg wirbt bei Mitgliedern und Bündnispartnern für die Unterstützung der Petition bis zur
16 Bundestagswahl. (siehe Seite 2 oder <http://www.koeln-bonn.dgb.de/no2percent>)
17
18 Der DGB Hamburg macht darüber hinaus zukünftig gemeinsam mit der Friedensbewegung und weiteren
19 Bündnispartnern Druck zur Erreichung dieser Forderungen.
20
21 **Begründung:** erfolgt mündlich
22
23

#NO2PERCENT

Frieden geht anders!

24

25 Verteidigungsausgaben sind kein Selbstzweck. Sie sollen ausschließlich der Friedenssicherung dienen. Deshalb ist es unsinnig, die
26 Ausgaben an einen festgelegten Prozentsatz der Wirtschaftsleistung zu koppeln. Das 2-Prozent-Ziel der NATO, das von der Trump-
27 Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale. Außerdem: Schon
28 heute verschlingt der Rüstungsetat in Deutschland über 11% des Bundeshaushalts. Schon heute fehlt Geld für [Bildung](#), Soziales und
29 Infrastruktur.

30 Konflikte lassen sich nicht mit Waffengewalt lösen. Wir brauchen verstärkt zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den
31 Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung des
32 weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte.

33 Wir lehnen strategische Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime
34 grundsätzlich ab. Wir dürfen nicht länger Staaten und Konfliktparteien mit Waffen versorgen, die Krieg, Gewalt und Unterdrückung
35 als Mittel der Politik verstehen.

36 **Wir fordern alle Bundestagskandidaten/innen auf: Erklären Sie ihre Ablehnung einer 2% Verpflichtung**
37 **für den Verteidigungshaushalt im Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung. Setzen Sie sich für eine**
38 **stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten ein!**